Liebe Bürgerinnen und Bürger,

Der Einstieg in den Ausstieg hat begonnen. Uns betrifft dies ganz konkret durch den Rückbau des Atomkraftwerks Neckarwestheim I. Ab voraussichtlich Herbst will die EnBW und unser Grüner Umweltminister Untersteller LKWs mit AKW-Bauschutt nach Schwieberdingen und Horrheim schicken.

Wir lehnen die Verteilung von AKW-Bauschutt und die Verteilung auf unsere Deponien aus 3 Hauptgründen ab:

1. Kritisieren wir das Prozedere des Freimessen und den 10 Mikrosievert-Grenzwert. Dieser Grenzwert ist veraltet und ist zudem rein ökonomisch begründet.
2. Wir haben kein Vertrauen in die EnBW, noch in das Umweltministerium und insbesondere auch nicht in die Abfallverwertungsgesellschaft Ludwigsburg, als Betreiberin unserer Deponien.
3. Und ganz wichtig, es gibt machbare Alternativen.

Freimessen bedeutet nicht frei von Radioaktivität sondern frei von Kontrolle und Überwachung. Durch die Freimessung und Verteilung von AKW-Bauschutt erhöht sich somit unkontrolliert die Menge an künstlich erzeugten radioaktiven Stoffen in unserer Umgebung und Umwelt. Diese Verteilung ist irreversibel. Im Fall der Deponien fürchten wir, dass radioaktive Stoffe über Stäube oder das Sickerwasser ausgetragen werden und damit zu uns Menschen gelangen.

Zu behaupten, die daraus resultierende wenn auch geringe Strahlendosis würde in der Hintergrundstrahlung untergehen, ist definitiv falsch! Genau genommen bedeutet diese Behauptung: man wird nicht nachweisen können, dass Krebserkrankungen darauf zurückzuführen sind.

Richtig ist vielmehr, uns Bürgern wird ungefragt eine zusätzliche Strahlenbelastung zugemutet. Wenn auch gering, diese Strahlung ist zusätzlich. Alles addiert sich auf und jede zusätzliche Strahlenbelastung bedeutet ein zusätzliches Gesundheitsrisiko.

Mit welcher Wahrscheinlichkeit wir oder unsere Nachkommen diesen Stoffen in unserem Leben wiederbegegnen und welche biologischen Folgen und Risiken dies hat, wurde in Modellrechnungen mit vielen Annahmen abgeschätzt.

Man müsste das Prozedere also eher Freirechnen und nicht Freimessen nennen.

Umweltverbände gehen davon aus, dass das modellierte, berechnete Strahlenrisiko um mindestens den Faktor 10 unterschätzt wird. Auch der Deutsche Ärztetag warnt vor der Verharmlosung.

Daher muss der Grundsatz heißen: vermeiden, was vermeidbar ist.

Unter diesem Hintergrund halten wir die Freimessung und Verteilung von AKW-Bauschutt für inakzeptabel!

Inakzeptabel ist auch das Verhalten von AVL und Umweltministerium.

Absolut inakzeptabel ist dass die AVL unsere Deponiekapazitäten europaweit vermarktet hat und bereits über 240.000 t Asbestmüll aus Süd-Italien hier vor unserer Haustür in Schwieberdingen und Horrheim einlagert hat und dass diese Abfälle zum Teil nicht einmal sachgerecht, ganz nach dem Motto: Masse statt Klasse, gehandhabt wurden. Wir Anwohner, wurden dadurch potentiell gefährdet.

Inakzeptabel ist in diesem Zusammenhang auch die Handlungsanleitung. Diese ist eine Empfehlung, wie man mit dem Freimess-Atommüll auf der Deponie umgehen sollte. Betonung liegt auf sollte und könnte. Wenn doch beim Umgang mit Asbest-Müll trotz strengster Gesetze und Regelungen geschlampt wurde, was haben wir dann hier zu erwarten?

Die Nachnutzung der Deponie wurde uns bereits 1994 als Entschädigung und Ausgleichsmaßnahme zugesichert. Absolut inakzeptabel ist daher, dass weder AVL, Regierungspräsidium, noch Umweltministerium erkannt haben, dass die versprochene Nachnutzung unserer Deponieflächen klar im Widerspruch zur Ablagerung von AKW-Bauschutt steht. Wir die Interessengemeinschaft haben darauf aufmerksam gemacht. Daraufhin sah sich der baden-württembergische Umweltminister Herr Untersteller gezwungen einen Einbaustopp auf den Deponien zu verhängen. Den er dann allerdings recht zügig per Gutachten wieder aufheben lies.

Auch wenn das von Minister Untersteller beauftragte Gutachten, anderes behauptet, so wird doch keiner ernsthaft auf der Deponie Landwirtschaft betreiben wollen. Auch von der versprochenen ökologisch wertvollen Gestaltung der verfüllten Deponie als Naherholungsgebiet mit Freizeitpark, Kinderspielplätzen und grünem Klassenzimmer spricht aktuell keiner mehr.

Um es bildhaft zu sagen. Erst wird uns die Suppe mit Versprechungen schmackhaft gemacht und dann versalzt man sie kräftig, so dass sie keiner mehr essen will.

Absolut inakzeptabel ist auch, dass die AVL plötzlich von einer Laufzeit bis 2042 für den Froschgraben spricht. Bei jeder Öffentlichkeitsveranstaltung wurde bis lang von der AVL betont: 2026 ist am Froschgraben Schluss. Es gibt sogar ein Gutachten, das eine Laufzeit bis 2026 attestiert. Das soll plötzlich nicht mehr zutreffen?

Für Nachnutzung und Laufzeit gilt aber: versprochen ist versprochen! und wir fordern die AVL und die Kreisräte auf, diese Versprechen einzuhalten. Wir fordern eine Nachnutzung ohne mulmiges Gefühl.

Genauso wenig wird irgendwer auf der vermeintlich grünen Wiese in Neckarwestheim einmal Golf spielen wollen. Das ist ein ideologisches Wunschszenario Grüner Politiker.

Mit der Freimessung und Verteilung von AKW-Bauschutt werden nur weitere Risikostandorte geschaffen. Das AKW-Gelände selbst wird ein Risikostandort bleiben. Nach neueren realistischen Schätzungen dauert es noch 100 Jahre bis die Castoren in ein Endlager geschafft werden können. Die propagierte grüne Wiese ist eine Utopie.

Des Weiteren, hat das Umweltministerium kein Entsorgungskonzept für die Atomanlagen im Landkreis Karlsruhe. Der Landkreis Karlsruhe hat keine eigenen Deponien. Wo sollen also die 30.000 t Freimess-Müll aus den Atomkraftwerken Phillipsburg und dem Karlsruher Kernforschungszentrum hin?

Umweltminister Untersteller hat hierauf keine Antwort!

Es wird keinen Landkreis mit Deponie geben, der freiwillig bereit ist, dieses Material anzunehmen. Die EnBW in Phillipsburg wird das Material behalten und zentral gesicherten auf dem AKW Gelände in einem entsprechenden Bunker verwahren müssen.

Wenn dies in Phillipsburg möglich ist muss das auch in Neckarwestheim möglich sein.

Zudem gibt es eine gutachterliche Stellungnahme, dass eine solche Bunkerlösung auf dem AKW-Gelände prinzipiell machbar und aus strahlenschutztechnischer Sicht besser vertretbar ist. Vor allem das Störfallrisiko ist dort geringer als auf Deponien.

Wir fordern daher:

der Freimess-Müll muss unter Strahlenschutzkontrolle am AKW Standort zentral gelagert und unter Atomaufsicht bleiben. Gemäß dem Minimierungsgebot der Strahlenschutzverordnung sind alle Alternativen zu prüfen.

Wir appellieren daher an unseren grünen Umweltminister Untersteller: seien sie nicht blind, verweigern Sie nicht länger alternative Lösungsansätze und verleugnen sie nicht weiter, wo sie politisch herkommen, nämlich aus der Antiatom-Bewegung!

Also tun sie was, deshalb wurden die Grünen doch gewählt.

Wir Bürger geben uns nicht mehr mit Halbwahrheiten zufrieden. Schluß mit der Salami-Taktik. Wir geben uns auch nicht mehr mit Gutachten zufrieden, die ausschließlich dem Zweck dienen bestimmte Interessen durchzudrücken und an die man sich, wenn es anders kommt, plötzlich nicht mehr erinnert.

Wir fordern den Kreistag, als den Betreiber der Deponien auf, kommenden Freitag die Einlagerung in unsere Deponien abzulehnen und damit ein politisches Signal auszusenden. Jeder muss persönlich Verantwortung übernehmen.

Der Landrat im Neckar-Odenwald-Kreis hat dies nun getan und unserem Umweltminister in einem Schreiben mitgeteilt, dass er die Annahme von Freimess-Müll auf seinen Deponien verweigern wird.

Aus all diesen Gründen lehnen wir den AKW-Bauschutt auf unseren Deponien ab. Denn es gibt bessere Lösungen als freimessen, verteilen und vergessen.

Da wir noch etwas Zeit haben. Ein kurzer Rückblik auf die Entwicklung unserer Deponie.

Seit fast 30 Jahren beobachten wir die Entwicklung unserer Deponien. Wenn auch die Ausschilderung der Deponie mit Erddeponie eine gewisse Harmlosigkeit suggeriert, handelt es sich doch vielmehr auch um eine Deponie für belastete Abfälle mit einem bestimmten Schadstoffpotential.

1994 wurde die Deponie in einem Planfeststellungsverfahren vom Regierungspräsidium Stuttgart durchgesetzt. Für diesen schwerwiegenden Eingriff in die Umwelt und das Landschaftsbild, wird der Gemeinde als Ausgleichsmaßnahme die landwirtschaftliche Nachnutzung und eine ökologisch vielfältige Gestaltung der verfüllten Deponie zugesichert.

1999 ging die Deponie in Betrieb. Schon wenig später galt die Erd- und Bauschuttdeponie als überdimensioniert, zudem waren die Kosten für die Errichtung der Deponie immens.

Daraufhin beschließt die AVL unseren Deponieraum europaweit zu vermarkten. Und so werden mehr als 240.000 t gefährliche Asbestabfälle aus Italien angeworben und vor unserer Haustür auf unseren Deponien in Schwieberdingen und Horrheim eingebaut. Dass die Italiener ihren Müll zu uns bringen liegt aber nicht an einem Mangel an italienischen Deponien sondern vielmehr daran, dass man nirgendwo sonst diese gefährlichen Asbest-Abfälle so billig entsorgen kann wie bei uns in Schwieberdingen und Horrheim. Ein fragwürdiges Wirtschaftskonzept.

Schauen wir aber auch auf die anderen Landkreisdeponie in Vaihingen-Horrheim. Hier wurden bis 2015 mehrere Tausend Tonnen gering radioaktive Industrieabfälle von einer Firma im Südschwarzwald angenommen. Alles legal , doch ohne rechtliche Verpflichtung, zumal der zuständige Landkreis Waldshut-Tiengen eine eigene geeignete Deponie hätte.

2010 Kommt es auf der Deponie, bei der dort ansässigen Dachpappenverwertungsgesellschaft zu einem schweren Brand. 2000 t Kunststoffabfälle waren wegen unsachgemäßer Lagerung in Brand geraten. Die Schwieberdinger und Markgröninger Bürger werden aufgefordert die Fenster geschlossen zu halten. Die Löscharbeiten dauern von den frühen Morgenstunden bis in den Abend hinein. 100 Kräfte von Feuerwehr, Polizei, DRK und THW sind im Einsatz.

2014 wird dann die Erweiterung der Deponie um fast 2 Mio m³ durch das RP genehmigt. Dies bedeutet einen wahren Geldsegen: ca. 60.000.000 Euro werden dadurch dem Landkreis zusätzlich in die Kassen gespült! Den Schwieberdingern beschert dies eine Erhebung von der Höhe des Hohen Aspergs, und immerhin die Zustimmung dass sich der Landkreis mit 25.000 Euro am Ausbau der Naherholung beteiligt.

2015 kommt dann heraus, dass ebenfalls ohne rechtliche Verpflichtung, Abfälle aus dem Kernforschungszentrum Karlsruhe angenommen wurden.

Verwundert, besorgt, sprachlos, machtlos, haben wir Bürger bislang die Vorgänge auf den Deponien hingenommen.